# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 67 | Dresden, Montag den 20. März 1922 | 33. Jahrg.


## Stundung der deutschen Zahlungen?

**Paris, 20. März. Die Bewilligung des Moratoriums und die Herabsetzung der Zahlungen und Lieferungen für 1922 dürfen nach den Informationen der Pariser Zeitungen als sicher gelten.**

Nach dem Temps sollen die Garantiebedingungen für die Stundungsgewährung an Deutschland im Jahre 1922 folgende Punkte betreffen:

1. Autonomie der Reichsbank.
2. Gleichgewicht des Staatshaushalts mittels Steuern oder innerer Anleihe.
3. Unterdrückung der Auswüchse der Kapitalausfuhr.
4. Reparierung der Auslandsdevisen.
5. Einschränkung des Notenumlaufs.
6. Periodische Veröffentlichung der Finanz- und Handelsstatistik wie vor dem Kriege usw.

Die Erfüllung dieser Garantiebedingungen soll kurz befristet und von der Garantiekommission kontrolliert werden.

## Wiener Massenaufmarsch der Mieter, Siedler und Bauarbeiter

Von unserm Wiener Korrespondenten wird uns geschrieben:

Oesterreichs Massendemonstrationen erinnern in vielem an Englands Demokratie. Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs ist in ihrem ganzen Wirken von demokratischem Geist durchzogen, was etwa gegenüber Deutschland recht deutlich hervortritt. Es besteht das Bestreben, wichtige Entscheidungen immer im Einvernehmen mit den breiten Massen zu fällen. Will z. B. die Wiener sozialdemokratische Gemeinderatsmajorität eine wichtige Neuerung beschließen, so wird die sogenannte „Wiener Konferenz" einberufen, das ist aber nicht etwa nur die Versammlung der Parteifunktionäre im engeren Sinne, das ist auch die Versammlung der Gewerkschaftsvertreter, der Vertreter der Konsumvereine, der Arbeiterräte, der Mietervereinigung, der Baugilde, kurz aller proletarischen Organisationen und Interessenvertretungen. Massenversammlungen sind unter solchen Umständen eine Art Volksbefragung.

Der Landtag in Wien hat ein Wohnungswecksteuergesetz beschlossen, die Bundesregierung sucht sein Inkrafttreten zu verhindern. Ueberdies erledigt die Volksvertretung die Forderungen der Siedler nicht, obgleich die Bauperiode schon begonnen hat. Hausherreninteressen sind in der christlichsozialen und großdeutschen Partei so stark, daß der Mieterschutz gefährdet erscheint. Arbeitslose, die bisher in den Siedlungen Arbeit fanden, sollen von jetzt an nur in verringertem Umfang beschäftigt werden, obgleich die Krise im Anstieg begriffen ist. All das zusammen hat die Baugilde Oesterreichs veranlaßt, die Massen Oesterreichs — vor allem jene Wiens — auf den Plan zu rufen. Eine der mächtigsten Wiener Demonstrationen war das Ergebnis. Gewaltige Bezirkszüge marschierten vor dem neuen Wiener Rathaus auf und bedeckten den weiten Platz bis zum Burgtheater. Die Sozialdemokratische Partei hatte Ordner bestellt. Der Bürgermeister von Wien eröffnete, ein Vertreter der Partei sprach, außerdem kamen viele Gemeinderäte und bekannte Führer der Siedlungsbewegung zu Worte. Die Disziplin und Kraft der jungen Baugilde reichte bereits so weit, daß sich alle Einzelgruppen dem großen Zuge völlig einfügten. Die locker organisierte Liga der Wohnungslosen, die Kommunisten und die Arbeitslosen verzichteten auf ein gesondertes Auftreten, sondern stimmten mit den von der Baugilde aufgestellten Massen einmütig über die scharfgehaltene Resolution ab, die der Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde Oesterreichs den Auftrag gibt, namens der versammelten Massen dafür einzutreten, daß gemeinnützige Bautätigkeit durch Ausgestaltung der Wohnzwecksteuer und Aufbringung sonstiger Mittel gefördert, das Enteignungsverfahren für Siedlungszwecke verschärft, der Pächterschutz für Kleingärtner verbessert, der Mieterschutz beibehalten werde. Mieterausschüsse sollen gesetzliche Rechte erhalten, die Bereitstellung öffentlicher Mittel für Siedlungs- und Wohnzwecke unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosen in die Wege geleitet werden. Die Siedlungsbewegung ist in Oesterreich eine überwiegend proletarische Bewegung. Nur ungern sehen es die andern Parteien, daß die Massen ihnen entgleiten, wenn sie für die Idee einer planmäßigen Wohnungs- und Bauwirtschaft zum Kampfe aufgerufen werden. Die christlichsoziale Reichspost überschüttete denn auch diese Aeußerung des Massenwillens mit Hohn; es sei wohl zum erstenmal, daß eine Steuer mit Musik eingeführt worden sei. Sie spielte darauf an, daß nach der Abstimmung das Lied der Arbeit von den Eisenbahnern gespielt wurde. Die Großdeutschen, die bei den Abstimmungen mit den Christlichsozialen zu gehen pflegen, haben den Ausweg gewählt, einen Redner zu entsenden, der die Resolution verlas und ebenfalls über sie abstimmen ließ. Auch der kommunistische Redner vertrat die Resolution der Gilde. Es fiel auf, daß ihn die Versammelten an der ursprünglich bestimmten Stelle nicht zu Worte kommen ließen. Es kostete Mühe, daß er an andrer Stelle sprechen durfte. Das Ergebnis war, daß eine große Zahl von Menschen für Wohnzwecksteuer, Mieterschutz und Siedlung innerhalb acht Tagen jederzeit auf die Beine gebracht werden kann. Die Wirkungen dieses Aufmarsches, der großen Eindruck auf die versammelten Gäste machte, wird nicht ausbleiben. Die Engländer haben vor allem hervor, daß nicht die geringste Ruhestörung stattfand, sondern musterhafte Ordnung herrschte, im Gegensatz zum 1. Dezember. Damals strömten Arbeiter ohne Organisation in die Stadt, machten ihrem Unwillen unmittelbar Luft, diesmal hatten die leitenden Kreise der Baugilde im Einvernehmen mit der Partei dafür gesorgt, daß die eindrucksvolle Kundgebung durch keinen Mißton gestört wurde. Um so ernster klangen die Worte des Gildenvorsitzenden, Adolf Müller, der darauf hinwies, daß ein 1. Dezember nur vermieden werden könne, wenn man den Forderungen solcher Massen Genüge leiste.

## Der sozialistische Studentenkongreß

Auf Einladung der Leipziger und Berliner Ortsgruppen tagten im Leipziger Volkshaus vom 15. bis 17. März die sozialistischen und kommunistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs. Ziel der Tagung war von vornherein ein Zusammenschluß der beiden Richtungen. Außer einer Anzahl von Gästen hatten die beiden sozialistischen Richtungen 27 Delegierte entsendet, die Kommunisten 24. Wien, Graz, Berlin, Leipzig, München, Kiel, Halle, Jena, Heidelberg, Frankfurt, Marburg, Düsseldorf, Bonn, Hamburg und Köthen waren stimmberechtigt vertreten, außerdem überbrachten im Namen der kommunistischen Studenten Vertreter von der Tschecho-Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Beßarabien, Ungarn und Norwegen dem Kongreß ihre Grüße und die besten Wünsche für die Verhandlungen.

Die hauptsächlichsten Referate Organisationsfragen prinzipieller Natur (Referent Stammer, Leipzig, S. P. D., Korreferent Weiß, Berlin, K. P. D.), Student und Proletarier (Referent Schiffel, Leipzig, U. S. P., Korreferent Fink, Prag, K. P. D.), Student und Wissenschaft (Referent Wittfogel, Berlin, K. P. D.), Jugendbewegung (Referent Kluthe, Magdeburg, K. P. D., Korreferent Lebeck, Berlin, S. P. D.), Hochschulpolitik (Referent Jakobs, Berlin, K. P. D., Korreferent Preller, Dresden, S. P. D.) mit anschließender Debatte nahmen den größten Teil der ersten beiden Verhandlungstage in Anspruch. Der dritte Tag war mit Kommissionsberatungen angefüllt, deren Ergebnisse dann das Organisationsstatut und Aktionsprogramm des neugegründeten Bundes waren.

Der Kongreß brachte die einheitliche Wahl des Vorstandes, der sich proportional der vertretenen Stimmen aus sieben Mehrheitssozialisten und Unabhängigen und fünf Kommunisten zusammensetzt: Stammer, Mänden, Reventlow (S. P. D.), Schiffel, Seeger (U. S. P.), Dr. Wiener, Gudlohn (Oesterreich), Bergmann, Jakobs, Hartwig, Wittfogel und ein weiterer Genosse (K. P. D.).

Dies sind zahlennamen- und tatsachenmäßig die Ergebnisse des Kongresses. Für den, der unter Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung zurückblicken kann, der Entstehung und Ausbreitung des sozialistischen Gedankens an den Hochschulen miterlebt hat, für den war diese Tagung ein Anfang zur Einigung. Schon nach der Revolution fanden sich einmal die sozialistischen Studenten zusammen, glaubten in erster Begeisterung den gleichen Weg gehen zu können, ohne jedoch vorerst bei sich Klarheit geschaffen zu haben. Diese Klarheit kam durch den ernüchternden Einfluß der Zeit und die in ihr sich vollziehenden Ereignisse. Er zwang die jungen Menschen, ihre gefühlsmäßige und rein ideologische Einstellung zu korrigieren. So entstand einmal die Spaltung in zwei zwei Lager, das sozialistische und das kommunistische, dann die große geistige Enttäuschung, die immer kommt, wenn rein gefühlsmäßig eingesetzte Kraft scheinbar umsonst gewesen ist. Die Gruppen innerhalb dieser beiden Lager zerfielen nach und nach und seit dem Herbst 1920 bestand keine einheitliche Reichsorganisation mehr.

Damit beginnt ein neues Kapitel der Bewegung: an den Hochschulen fangen einzelne Genossen und Genossinnen ganz von vorn und im kleinsten Rahmen an, durch persönliche Einwirkung und zähes Suchen kleine Ortsgruppen zusammenzubringen. Es gelingt ihnen auch. Die neu entstehenden Ortsgruppen schieden sich in der Mehrzahl sofort in sozialistische und kommunistische Gruppen — Ausnahmen davon machten nur München und Leipzig, die den Weg der Zusammenarbeit bei ihrer Gründung fanden. Aus diesen Gemeinschaften, die gerade in ihrer klareren Einstellung zur größeren Achtung vor den anders gesinnten studentischen Genossen kamen, entstand der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit.

So kamen die Delegierten zu diesem Kongreß zusammen, noch ungewiß ob der Zusammenschluß erfolgen würde, aber in aufrichtigem gegenseitigem Bestreben, die Formel zur Einigung zu finden. Wie mußte diese Formel beschaffen sein? Selbstverständlichkeit [illegible] daß man es zu keiner Diskussion üb[illegible] Sozialismus und Kommunismus [illegible] keine Ueberzeugungstaktik einschlagen [illegible]te, sondern in ehrlicher Anerkennung gegensätzlicher Einstellung versuchen mußte, die Punkte herauszuheben, die ein Zusammengehen ermöglichten. Es waren deshalb sämtliche Referate und Korreferate auf einen theoretischen Teil eingestellt, der noch einmal die grundsätzliche Stellung zur betreffenden Frage formulierte, und einen praktischen, indem man versuchte, den gemeinsamen Weg aufzuweisen, dessen Beschreiten für die Erreichung beiderseitiger Wünsche am vorteilhaftesten war.

Am Freitag wurden die Debatten zu Ende geführt und die organisatorischen Grundlagen des „Verbandes der sozialistischen und kommunistischen Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs", die eine Organisationskommission ausgearbeitet hatte, genehmigt. Zum Hauptort des Verbandes wurde Leipzig gewählt. Es wurde ein

**Aktionsprogramm**

ausgearbeitet, das unter der Wahrung der vollen politischen Selbständigkeit für die beiden Fraktionen bestimmte Minimalforderungen aufstellt, für die beide gemeinsam eintreten werden. Zu diesen Forderungen gehören:

1. Gemeinsame Veranstaltung von marxistischen Vorträgen und Diskussionsabenden für Studenten und Intellektuelle.
2. Schaffung von Fakultätsgruppen zur Förderung und Verbreitung der Berufsbildung im marxistischen Geiste.

## Der Geist von Marburg

Mit der jetzt gerade zwei Jahre zurückliegenden Erschießung des Arbeiters Jahnke in Dungerstorf (Mecklenburg) durch mecklenburgische Zeitfreiwillige hat sich das Gericht schon einmal beschäftigt. Im Jahre 1920 standen drei Mittäter, die Zeitfreiwilligen Thormann, Wegner und Dieckmann vor den Schweriner Geschworenen. Sie schoben alle Schuld an der eingestandenen Ermordung auf den vierten Angeklagten, den damals flüchtigen Harlinghausen, und wurden prompt freigesprochen.

Diesem Fehlspruch ist jetzt ein zweiter hinzugefügt worden. Durch den Freispruch der Mitschuldigen überzeugt, daß bei dem Charakter der heutigen Justiz die Sache gar nicht so gefährlich für ihn sei, hat sich Harlinghausen dem Gericht gestellt, zumal ihm bei seinem ständigen Umherschweifen auf der Flucht die Mittel ausgegangen waren. Das Vertrauen des Mörders in den Geist der heutigen Rechtsprechung sollte nicht getäuscht werden:

**Trotz seinem umfassenden Geständnis, daß er den Arbeiter Jahnke mit Vorbedacht und Ueberlegung meuchlings erschossen habe, ist Harlinghausen — wiederum von Schweriner Geschworenen und Richtern — freigesprochen worden.**

Aus dem Prozeßbericht heben wir hervor: eigene Darstellung des Angeklagten über den Sachverhalt. Während der Kapptage kam ein Trupp Zeitfreiwilliger nach Dungerstorf auf das Gut eines Herrn v. Puttkamer, um den Arbeiter Jahnke zu verhaften, der ihnen in Grevesmühlen als „wüster Spartakist" denunziert worden war. (Irgendwelches ungesetzliches Verhalten ist Jahnke von keiner Seite nachgewiesen worden, sein „Verbrechen" bestand tatsächlich darin, daß er Funktionär des Landarbeiterverbandes war. D. Red.) Während Herr v. Puttkamer die Zeitfreiwilligen mit Wein und Zigarren traktierte, wurde Jahnke in der rohesten Weise mißhandelt und zunächst eingesperrt. Darauf verhandelten die Heldenjünglinge mit Herrn v. Puttkamer darüber, was mit Jahnke geschehen solle. **Herr v. Puttkamer bat wiederholt, dafür zu sorgen, daß Jahnke nicht wiederkomme.** Harlinghausen versprach ihm dies mit den Worten:

**„Jahnke kommt nie wieder."**

Es wurde dann ein Plan ausgeheckt, Jahnke auf dem Transport zu erschießen und hinterher die übliche Mär zu verbreiten, daß er einen Fluchtversuch gemacht habe. Diese Fuderde haben die Angeklagten aber selber fallen gelassen.

Tatsächlich ging es so zu: Jahnke wird mit einem Wagen nach Grevesmühlen transportiert. Unterwegs läßt Harlinghausen halten. Jahnke muß absteigen. Der Zeitfreiwillige Thormann entfernt sich unter einem Vorwand, **Dieckmann und Wegner nehmen Jahnke in die Mitte und führen ihn in eine Sandgrube.** Jahnke wird mitgeteilt, daß er erschossen werden soll. Harlinghausen soll den tödlichen Schuß von hinten abgeben. Das kann er nicht. Er ruft: „Halt — kehrt!" und **schießt Jahnke durch die Brust.** Der Schuß ist nicht tödlich, der Verletzte bewegt sich noch. Aus nächster Nähe will Harlinghausen ihm den Fangschuß geben. Da ruft einer der andern: **„Nicht so dicht, damit man die Pulverspuren nicht sieht!"** Harlinghausen tritt ein paar Schritte zurück und gibt den tödlichen Schuß ab, der die **Schädeldecke des Verwundeten zertrümmert.** Darauf entfernen sich alle.

**Dies ist der von dem Angeklagten in allen Punkten zugegebene Tatbestand.**

Der Zeuge v. Puttkamer weiß weiter nichts zu sagen, als daß er eine Gehirnerschütterung erlitten habe und seine Worte daher „nicht ernst genommen" werden können! Die Mittäter **Thormann, Wegner und Dieckmann verweigern die Aussage, um sich nicht selber einer strafbaren Handlung zu bezichtigen,** womit sie zugeben, daß ihr Freispruch in dem ersten Verfahren zu Unrecht erfolgt ist.

Der Staatsanwalt plädiert auf Mord, der Verteidiger auf Totschlag und mildernde Umstände.

**Die Geschworenen verneinen sowohl Mord als Totschlag**

und bejahen die Schuldfrage nach — fahrlässiger Tötung! Der Staatsanwalt beantragt ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erklärt auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren für eingestellt. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Damit schließt die Justizkomödie.

Geschworene begründen ihren Spruch nicht. Daß nach dem Geständnis des Angeklagten keine Möglichkeit vorlag, ohne Vergewaltigung des Rechtsgefühls die Frage nach Mord, mindestens nach Totschlag zu verneinen, liegt auf der Hand. Wenn solche Sprüche von weiten Kreisen der Bevölkerung als bewußte Rechtsbeugung aufgefaßt werden, so ist das nicht Schuld irgendeiner sozialdemokratischen Verhetzung, sondern des **unlösbaren Widerspruchs zwischen Tatbestand und Urteil.**

Wir kennen die Motive der Geschworenen nicht und urteilen nicht über sie. Aber eines ist sicher: dieses Urteil ist ein zwingendes Argument für die sofortige gründliche Reform der Laienjustiz. Solange die Geschworenen von den beamteten Richtern einseitig aus den Kreisen der Besitzenden ausgewählt werden, wird der unerhörte und unerträgliche Zustand weiter bestehen, daß **geständige Mörder, falls sie ihr Opfer unter den Linksstehenden ausgesucht haben, in Deutschland systematisch freigesprochen werden.** Ein Rechtszustand ist das nicht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220320/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG